

**Postulat Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP): Anreizsysteme gegen das „Dezemberfieber“ für die Verwaltung der Stadt Bern**

Artikel 54 Absatz 4 der Gemeindeordnung gibt dem Stadtrat die Kompetenz und den Auftrag, die Handhabung von Kreditüber- und Kreditunterschreitungen zu reglementieren. Am 9. Juni 2005 hat der Stadtrat zum Bonus-/Malus-Reglementsentswurf vom 8. Dezember 2004 Nichteintreten beschlossen. Seither ist der Auftrag der Gemeindeordnung pendent.

Zwar ist die GFL/EVP-Fraktion klar der Meinung, dass der Nichteintretensentscheid des Stadtrats zum Bonus-/Malus-Reglement zu akzeptieren ist. Wird jedoch der Umgang mit Kreditüber- bzw. Kreditunterschreitungen nicht geregelt, fällt ein wichtiges Element weg, das Anlass zur Einführung von NSB gab. Auswirkungen dieser fehlenden Reglementierung zeigen sich bereits: Die Dienststellen sind tendenziell nicht motiviert, aus eigener Initiative Sparideen umzusetzen, um sich damit mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Im Gegenteil: Sie frönen wie in alten Zeiten dem „Dezemberfieber“ und schöpfen ihren Globalkredit möglichst aus, weil sie – wohl zu Recht – befürchten, dass dieser im nächsten Budget gekürzt werden könnte.

Zugegebenermassen hatte das Bonus-/Malussystem, das in den Pilot-Dienststellen von NSB erprobt wurde, seine Schwachpunkte. Dennoch ist die GFL/EVP-Fraktion überzeugt, dass es Anreizsysteme braucht, die die Dienststellen und ihre Mitarbeitenden motivieren, (noch) verantwortungsvoller und effizienter mit den finanziellen Ressourcen umzugehen:

1. Die Umsetzung von Sparideen und die Verbesserung von Abläufen in den Dienststellen sollen belohnt werden
2. Rechnungsüberschüsse soll die Dienststelle in einem beschränkten Rahmen eigenverantwortlich verwenden können
3. Sowohl bei zu grosszügiger Budgetierung als auch bei Kreditüberschreitung sollen Sanktionen ergriffen werden können.

In diesem Sinne bitten wir den Gemeinderat, eine Auslegeordnung über die Möglichkeiten von Anreizsystemen zu erstellen, die die Eigenverantwortlichkeit in den Dienststellen in finanzieller Hinsicht fördern, und dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten.

Bern, 1. März 2007

*Postulat Fraktion GFLEVP* (Barbara Streit-Stettler, EVP), Martin Trachsel, Nadia Omar, Susanne Elsener, Peter Künzler, Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder, Rania Bahnan Buechi, Ueli Stückelberger, Erik Mozsa

**Antwort des Gemeinderats**

Am 9. Juni 2005 hat der Stadtrat zum Bonus-/Malus-Reglementsentswurf vom 8. Dezember 2004 Nichteintreten beschlossen.

Am 1. März 2007 ist der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderats gefolgt und hat die Motion Fraktion FDP (Marc Blatter/Stephan Hügli, FDP): Bonus-/Malus-Regelung für die Verwaltung der Stadt Bern abgelehnt.

Die mit dem Evaluationsbericht NSB gewonnenen Erkenntnisse zur Einführung eines Bonus-/Malussystems zeigen folgende Werte:

Stadtrat: 65.9% ablehnend (eher nein/nein)

Verwaltung 58.8% zustimmend (eher ja/ja)

Im Lichte der Resultate aus dem Evaluationsbericht ist der Gemeinderat bereit, entsprechend Punkt 4 des Postulats eine Auslegeordnung über die Möglichkeiten von Anreizsystemen zu erstellen, die die Eigenverantwortlichkeit in den Dienststellen in finanzieller Hinsicht fördern, und dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat als erheblich zu erklären.

Bern, 9. Mai 2007

Der Gemeinderat